



Verfassungsrechtler Heinz Mayer ist einer von zwölf Initiatoren des Volksbegehrens, das Korruption den Kampf ansagt.

Volksbegehren will das nun ändern:

Korruption ist bei uns gang und gäbe

In Österreich gibt es mehr Korruption als im EU-Schnitt. Nun hat ein Volksbegehren der Korruption den Kampf angesagt – Anlass dafür dürften nicht zuletzt die ÖVP-Angriffe auf die Justiz sein. Just Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) signalisierte Unterstützung.

Wer das Gefühl hat, die Korruption nehme hierzulande zu, könnte recht haben. Denn laut einer EU-weiten Umfrage von Transparency International liegt die heimische Korruption jedenfalls deutlich über dem EU-Schnitt. Dieser zufolge gaben neun Prozent, die eine öffentliche Dienstleistung in Anspruch genommen haben, an, dafür Bestechungsgelder bezahlt zu haben. 40 Prozent erklärten, in den vergangenen zwölf Monaten persönliche Kontakte, also Freunderlwirtschaft, genutzt zu haben, um eine öffentliche Dienstleistung zu erhalten.

Insbesondere die jüngsten Attacken der ÖVP auf

die Justiz hat nun auch Persönlichkeiten aus Justiz und Politik motiviert, ein Volksbegehren gegen Korruption zu starten. Die Ziele reichen von Anstand und Integrität in der Politik über Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz bis hin zu moderner Anti-Korruptionsgesetzgebung.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) griff diesen Ball auf und ging in die Gegenoffensive, indem er Unterstützung für das Volksbegehren signalisierte. Er hob etwa die „Stärkung der unabhängigen Justiz“ samt Schaffung eines unabhängigen Bundesstaatsanwalts hervor.

➔ Streit um SPÖ-Pläne für schnelleren

Wen würden

Mit ihrem Vorstoß für leichteren Zugang zur Staatsbürgerschaft hat die SPÖ eine Debatte losgetreten, die bereits eine Woche lang heftigst geführt wird – und nach einem türkisen Vorwurf, die SPÖ wolle mit ihrem Ansinnen „die Mehrheitsverhältnisse im Land“ ändern, beim Wahlverhalten von Migranten angelangt ist.

Manch einer fragte sich ja, warum die SPÖ just in einer heiklen Phase der ÖVP mit Justizvorwürfen und anderen Querelen für raschere Einbürgerungen plädierte – der türkise Klubchef hegt da jedenfalls einen Verdacht: „Die Links-Parteien wollen mittels Masseneinbürgerungen die politischen Mehrheitsverhältnisse im Land ändern“, polterte August Wöginger – und deutete dabei unversehens an, dass er die SPÖ-Idee für schnellere Verleihungen von Pass und Wahlrecht auch ablehnt, weil er glaubt, seine Kanzlerpartei würde dabei verlieren.

Die Sache ist nur: Ob das so wäre, weiß keiner. „Früher hieß es, Migranten wählen eher sozialdemokratisch, aber ob das heute auch wirklich so ist, wissen wir nicht“, sagt etwa der renommierte

„
Es ist demokratiepolitisch eine große Frage, aber am Ausgang von Wahlen ändert das noch nichts.

Politikwissenschaftler Peter Filzmaier zum Einbürgerungsvorschlag der SPÖ.

Meinungsforscher Peter Hajek. „Es gibt“, so Hajek, „schlichtweg kein belastbares Datenmaterial“, weil solche Umfragen zu aufwendig wären. Ähnlich äußerte sich auch Politikwissenschaftler Peter Filzmaier.

Einige vage Indizien gibt es trotzdem: Bei der jüngsten Wien-Wahl war zwar jeder Dritte mangels Staatsbürgerschaft ohne Wahlrecht, auf Bezirksebene dürfen EU-Ausländer jedoch abstimmen. Und dabei wa-

Es geht um Migration:

Innenminister in Kopenhagen

Im Kampf gegen die illegale Migration verfolgt die sozialdemokratische Regierung Dänemarks ähnliche Ziele wie die ÖVP. Heute reist Innenminister Karl Nehammer nach Kopenhagen, wo er mit dem Minister für Einwanderung und Integration, Mattias Tesfaye, zusammentreffen wird. Konkret geht es unter anderem um gemeinsame Projekte in Drittstaaten – Dänemark hat etwa bereits Pläne beschlossen, Asylzentren außerhalb der EU zu errichten.

Noch nicht einheitlich

Grüner Pass: Weiter basteln

Besonders intensiv tauschte sich Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein beim EU-Treffen in Luxemburg mit seinem deutschen Amtskollegen Jens Spahn aus. Und der Grüne sprach sich für eine europaweit einheitliche Regelung für das Reisen mit dem Grünen Pass, der ab 1. Juli gelten soll, aus. Derzeit ist vorgesehen, dass die Länder die Kriterien für die Einreise (etwa, ob eine oder zwei Impfungen notwendig sind) individuell festlegen können.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Wenn es die Corona-Impfung irgendwann einmal als Salbe oder Bier gibt, hat das Virus keine Chance mehr.



Zugang zur Staatsbürgerschaft ➔ ÖVP warf mit hartem Vorwurf die Frage auf:

Migranten eigentlich wählen?



Der Staatsbürgerschafts-Streit nimmt kein Ende: Weil die SPÖ etwa einen Pass-Anspruch für hier Arbeitende nach sechs statt zehn Jahren fordert, wirft ihr ÖVP-Klubchef August Wöginger (li.) Pläne zur „Masseneinbürgerung“ vor. SPÖ-Vizeklubchef Jörg Leichtfried spricht indes von „Lügen“ und „Hysterie“ der ÖVP.

ren etwa die Grünen verhältnismäßig stärker als sonst, ÖVP und FPÖ schnitten in Relation am schlechtesten ab. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der „Pass Egal Wahl“, einer Aktion von „SOS Mitmensch“, bei der Menschen ohne Staatsbürgerschaft symbolisch ab-

stimmen können: Zur Nationalratswahl 2019 etwa kreuzte bei der Aktion die Hälfte der rund 3000 Teilnehmer die Grünen an. Zum Vergleich: Bei der Wahl kam die Ökopartei auf knapp 14 Prozent. Auch die SPÖ lag über dem Ergebnis bei der echten Wahl. ÖVP,

FPÖ und Neos erreichten indes gemeinsam keine zehn Prozent.

Und dennoch: Große Auswirkungen hätte zumindest der SPÖ-Vorschlag einmal keine, sagen Experten. Anders als von der ÖVP befürchtet, beträfe der kurzfristige Zuwachs an Wahlbe-

rechtigten nämlich vor allem eine Gruppe von etwa 100.000 Drittstaatsangehörigen, die zwischen sechs und zehn Jahren legal hier sind. Bei rund 6,4 Millionen Wahlberechtigten, so Filzmaier, „wird das keine großen Auswirkungen auf Wahlergebnisse haben“. KK

Treffen sich zwei – oder auch nicht

Dieselbe Stadt, derselbe EU-Gipfel, dasselbe Hotel, derselbe Schanigarten. Unter diesen Voraussetzungen könnte eine Geschichte mit „Treffen sich zwei Minister, die noch dazu gemeinsam in einer Regierung sind ...“ beginnen. Könnte, muss aber nicht. Denn die Minister Wolfgang Mückstein und Martin Kocher verbrachten den Abend in Luxemburg an zwei verschie-

Getrennt in Luxemburg: Arbeitsminister Martin Kocher (li.) und Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein. ©

Fotos: Sepa,Media/
Martin Juen

Hinter den Kulissen



DORIS VETTERMANN

denen Tischen, wenige Meter voneinander entfernt. Die Delegation des Gesundheitsministers kam mit Verspätung in der Hauptstadt des Großherzogtums an und zog es vor, Abstand zum Arbeitsminister und dessen

Team, das nach dem Abendessen noch auf der kaum besuchten Terrasse des Hotels saß, zu halten. Eine kurze Begrüßung im Stehen reichte offenbar als Gespräch und Austausch.

Erinnerungen an ein Duell in Triest

Damit haben Mückstein und Kocher immerhin mehr geschafft als Christian Kern und Sebastian Kurz im Juli 2017 bei der Westbalkan-Konferenz in Triest. Dieses Wahlkampf-Duell auf der wunderschönen Piazza dell'Unità, dem Hauptplatz direkt am Meer, war an Skurrilität kaum zu überbieten. Zuerst lud der damalige Außenminister Kurz die Journalisten in Harry's Bistrot auf der einen Seite des

Platzes, eine Stunde später folgte der damalige SPÖ-Bundeskanzler Kern im Kaffeehaus des Palazzos direkt gegenüber. „Sich nur ja nicht über den Weg laufen“ lautete das Motto von Kurz und Kern – und das war gar nicht so einfach.

Drei Monate später wurde gewählt

Nun könnte man die Parallelen zu damals weiterziehen: Drei Monate nach der offen zur Schau getragenen Fehde in Triest wurde gewählt. Auch jetzt machen seit geraumer Zeit Neuwahlgerüchte die Runde, die türkis-grüne Partnerschaft hat schon mehr Risse, als wegzureden sind. Allerdings: Aus heutiger Sicht würde wohl niemand profitieren.

